

densvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen, weil sie ihre Unterschrift nicht neben die der Deutschen Demokratischen Republik zu setzen wünschen. Wenn die beiden deutschen Staaten sich vorher verständigen, würde eine solche Situation kaum eintreten. Aber auch für den Fall, daß es Euch jetzt noch nicht gelingen sollte, die derzeitige Bonner Regierung zu veranlassen, den Weg der Verständigung zu gehen, gibt es die *Möglichkeit, daß der notwendige Friedensvertrag ausgearbeitet wird und die Staaten der Anti-Vitiler-Koalition, die es wünschen, ihn mit der Deutschen Demokratischen Republik und diejenigen Staaten, die es wünschen, ihn mit Westdeutschland abschließen.* Für den äußersten Fall, daß die Westmächte und Bonn jeglichen Friedensvertrag ablehnen, würden die Mächte der Anti-Hitler-Koalition, die es wünschen, den Friedensvertrag allein mit der Deutschen Demokratischen Republik abschließen. Wir würden natürlich dahin wirken, daß in einem solchen Falle auch die Interessen der westdeutschen Bevölkerung in einem solchen Friedensvertrag berücksichtigt werden. Die Lösung der deutschen Frage wäre so zwar wesentlich komplizierter als bei einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten. Gleichzeitig würde auf dieser Grundlage auch die Frage Westberlin gelöst werden.

*Die große Verantwortung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands .*

Wir wollen Euch, liebe sozialdemokratische Arbeiter, ganz offen sagen, daß wir angesichts der gefährlichen Lage in Westdeutschland die Politik Eures Parteivorstandes mit Sorge betrachten. Eure Partei ist die einzige legale Partei Westdeutschlands, die von großen Schichten der Arbeiterklasse als ihre Partei angesehen wird. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat, obwohl sie unter sehr schwierigen illegalen Verhältnissen arbeitet, in dem Manifest, das auf ihrer letzten Parteikonferenz angenommen wurde, Weg und Ziel der deutschen Arbeiterklasse und des Volkes begründet. Dieses Dokument enthält die Möglichkeit zur Herstellung der Aktionsgemeinschaft der Kommunisten, Sozialdemokraten und der christlichen Werktätigen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat als legale Partei in der gegenwärtigen Situation eine große Verantwortung. Und gerade jetzt reitet Eure Parteiführung der Teufel, daß sie ihren Deutschlandplan über Bord wirft und damit der ebenso gefährlichen wie bankrotten Deutschland-Vernehmungspolitik der Adenauer-Regierung den Weg frei gibt.

Der Deutschlandplan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ent-